

Jakob Kaiser, Wiedervereintes Deutschland - eine Bastion der Freiheit

Legende: Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, sieht im Aufstand vom 17. Juni einen Appell an die gesamte freie Welt zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 09.07.1953, Nr. 127. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Wiedervereintes Deutschland - eine Bastion der Freiheit", auteur:Kaiser, Jakob , p. 1073-1074.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/jakob_kaiser_wiedervereintes_deutschland_eine_bastion_de_r_freiheit-de-c2689167-ee74-4229-b68a-c9854f84e496.html



Publication date: 18/01/2023

Jakob Kaiser, *Wiedervereintes Deutschland - eine Bastion der Freiheit*

Wer die Tage des Volksaufstands um den 17. Juni in Berlin miterlebt hat, kann ermessen, welche Bewegung er in der Bevölkerung der Sowjetzone, in der Bevölkerung von Ost- und von West-Berlin ausgelöst hat. Mit am stärksten war der Eindruck in West-Berlin, wo die Bevölkerung zwar nicht Handelnde der Revolution, wohl aber Unmittelbar-Miterlebende war. Es gab in jenen Junitagen niemanden dort, der nicht unter der überwältigenden Erkenntnis stand: Hier ist etwas geschehen, was das Schicksal unseres Volkes von Grund auf ändern muß. Denn wo das Bekenntnis eines Volkes zur Zusammengehörigkeit und Freiheit sich mit solchem Mut Bahn bricht, da muss alles geschehen, um diesem Willen gerecht zu werden.

Die Männer und Frauen von Ost-Berlin und der Sowjetzone haben mit Einsatz ihres Lebens ihren Willen zu unverzüglicher Wiedervereinigung in Freiheit bekundet. Diese Bekundung geschah durch eine Revolution geschichtlichen Ausmaßes. Damit ist ein Appell an das gesamte deutsche Volk und an die gesamte freie Welt gerichtet. Niemand, der das Gesetz der Menschlichkeit achtet, kann sich diesem Appell entziehen. Für jeden in unserem eigenen Volk, für jeden Angehörigen der freien Welt gilt nach dem Volksaufstand vom 17. Juni schon aus menschlicher Verpflichtung und nicht nur aus purer politischer Vernunft: Den 18 Millionen Deutschen muß der Weg in ein geeintes Deutschland nun unverzüglich gebahnt werden. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Eindruck sich vom unmittelbaren Schauplatz des Geschehens - von Berlin und Mitteldeutschland aus - bis in alle Winkel der Bundesrepublik und der freien Welt übertrug.

Seien wir ehrlich! Vorher gab es trotz aller Verbundenheit mit den Millionen hinter dem Eisernen Vorhang manche Zaghaftheit, manche Bedenken in der Bundesrepublik und in der freien Welt zu überwinden. Es gab manchen, der nicht unbeeindruckt geblieben war von den propagandistischen Schauspielen in der Sowjetzone. Noch zur Zeit der kommunistischen Weltjugendfestspiele in Berlin waren besorgte Stimmen laut geworden, ob die Jugend in der Zone nicht doch dem kommunistischen Zauber erlegen sei. Oder ob nicht doch der deutsche Arbeiter dem Kollektivismus mehr Geschmack abgewonnen habe als das für Freiheit und Gesundheit eines wiedervereinten Deutschland und für Europa tragbar erscheinen könnte.

Jeder, der mit der Sowjetzone und mit Berlin in lebendiger Verbundenheit lebt, wußte allerdings stets, daß die Wirklichkeit anders aussah. Nun haben die deutsche Jugend und der deutsche Arbeiter mit einem Schlage alle Befürchtungen und Hemmungen hinweggefegt. Nach dem Juniaufstand hat sich für alle erwiesen: Das deutsche Volk ist im Denken und Wollen ein Ganzes geblieben. Es gibt keine zwei Deutschland, von denen das eine freiheitlich gesonnen und das andere kommunistisch infiziert ist. Es gibt nur ein einziges, ein freiheitlich denkendes Deutschland. Und gerade jener Teil Deutschlands, der im kommunistischen Machtbereich liegt, hat Leib und Leben für seinen Freiheits- und Einheitswillen eingesetzt.

Der Deutsche Bundestag hat dieser Haltung und Gesinnung der 18 Millionen der Sowjetzone stets Rechnung getragen. Niemals hat er das System von Pankow anerkannt. Stets hat er darauf hingewiesen, daß das sowjetzonale Regime nie und nimmer für die 18 Millionen sprechen kann. Diese Haltung des Deutschen Bundestags hat die Bevölkerung der Zone im Aufstand der Junitage bestätigt. Der Deutsche Bundestag hat den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ proklamiert. Damit hat er der geschichtlichen Bedeutung dieses mutigen Volksentscheids für Freiheit und Einheit unserer Nation den einzig richtigen Ausdruck verliehen. Die Männer und Frauen des 17. Juni haben nun dem ganzen deutschen Volk einen Tag nationaler Besinnung und Verpflichtung gegeben.

Aber die Ereignisse des 17. Juni sind auch eine unüberhörbare Warnung: Sie haben bewiesen, daß die gegenwärtige Teilung unseres Volkes einen Explosivstoff sondergleichen in sich birgt. Sie haben gezeigt, wohin es führen kann, wenn der Einheits- und Freiheitswille eines Volkes zur Verzweiflung getrieben wird. Sie haben bewiesen, daß alle Lösungen, die vom Status quo - also von der Teilung Deutschlands - ausgehen, unübersehbare Gefahren einschließen. Selbst die Vertiefung westeuropäischer Zusammenarbeit ohne Wiederherstellung der deutschen Einheit wird keine Sicherung gegen solche Gefahren sein.

Das sowjetzonale Regime hat es sicherlich nicht an Lippenbekenntnissen zur deutschen Wiedervereinigung fehlen lassen. Aber unser Volk in der Zone hat sich als unbestechlich gegenüber dieser Propaganda

erwiesen. Der 17. Juni ist dafür Beweis. Doch ebenso hat dieser Tag bewiesen, daß die 18 Millionen mit explosiver Ungeduld die Wiedervereinigung erstreben. Der Aufstand in Ost-Berlin und der Sowjetzone verlangt nach echten politischen Entscheidungen. Und zwar nach Entscheidungen, durch die der 17. Juni seine Erfüllung finden muß. Was die Sowjetzone in den Junitagen begann, haben wir in der Bundesrepublik zu vollenden. Das deutsche Volk muß wieder in einem freien und geeinten Staat leben können.

Vor dem Aufstand schon ist die Weltpolitik in Bewegung gekommen. Nach dem Tode Stalins sah man sich durch die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des britischen Premierministers einem Konferenzplan gegenüber, der auch uns Deutsche hoffen ließ. Denn die Haltung Churchills ließ erkennen, daß ihm an einer schnellen Wiedervereinigung Deutschlands gelegen ist. Leider scheint durch seine Erkrankung eine Verlangsamung der politischen Entwicklung eingetreten zu sein. Das braucht aber keinen Rückschlag zu bedeuten. Es ist ja bereits eine Vorkonferenz der drei Außenminister anberaumt, die sich auch mit der deutschen Frage befassen soll. Es ist selbstverständlich, daß auf dieser Konferenz die Entschließungen des Deutschen Bundestages in bezug auf die Wiedervereinigung unseres Landes Beachtung finden müssen. Nach dem Juniaufstand zeichnet sich ja die gesamtdeutsche Position klarer denn je ab. Die Gefahren der Teilung sind deutlich hervorgetreten. Deutlicher hervorgetreten ist die Notwendigkeit einer raschen Lösung der deutschen Frage. Und unmißverständlich hat sich gezeigt, daß ein wiedervereinigtes Deutschland eine Bastion der Freiheit sein wird.

Deshalb gehen Auseinandersetzungen, ob zuerst Europa oder zuerst Deutschland geeinigt werden müsse, am Kern der Sache vorbei. Alle verantwortungsbewußten deutschen Parteien sind sich einig in dem Willen, mit den anderen Nationen Europas zu echter Zusammenarbeit zu kommen. Aber die Millionen in der Sowjetzone beharren darauf, daß das Tempo der Wiedervereinigungspolitik beschleunigt wird. Unabhängig davon, ob andere europäische Entwicklungen damit Schritt halten. Zumal dann, wenn es sich um Hindernisse handelt, für die wir nicht verantwortlich sind.

Auf solcher Basis können und müssen sich alle verantwortungsbewußten Kräfte in Deutschland finden. Denn die Augen der Männer und Frauen vom 17. Juni, die Augen der Millionen in der Zone sind auf uns und auf die freie Welt gerichtet.